

Forderung nach digitaler Grundbildung für alle

Der MNU-Landesverband Rheinland-Pfalz zur Förderung des MINT-Unterrichts (MNU RLP) sieht weiteren Handlungsbedarf zur Sicherstellung einer digitalen Grundbildung für alle Schülerinnen und Schüler. Mit jedem Schulabschluss müssen Kompetenzen erworben werden, um aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben bzw. teilnehmen zu können – sowohl im Beruf als auch in der Freizeit.

Damit das Ziel einer digitalen Grundbildung erreicht werden kann, müssen die Bildungseinrichtungen des Landes mit der notwendigen Infrastruktur ausgestattet und vor allem sollten die Lehrkräfte angemessen aus- und fortgebildet sein. Nur so sind sie befähigt, die benötigten Kompetenzen zu vermitteln. Der MNU RLP fordert daher:

- Die Schülerinnen und Schüler müssen in der Lage sein, grundlegende Hard- und Software bedienen zu können, um Kompetenzen zu erwerben, die zum selbständigen Lernen mit digitalen Medien befähigen. Nur so ist es möglich, an einem an den aktuellen Herausforderungen ausgerichteten Unterricht in den MINT-Fächern teilzuhaben. Hierzu zählt insbesondere ein zielgerichteter und reflektierter Einsatz von Anwendungen, wie er im KMK-Papier zur Bildung in der digitalen Welt beschrieben ist. Daher fordern wir einen zeitgemäßen Unterricht, der durch Lernen und Lehren an und mit digitalen Medien charakterisiert ist.
- Die aktiven Lehrkräfte müssen diese Anwendungskompetenzen besitzen, um sie vermitteln zu können. Die Realität an den Schulen zeigt jedoch – wie in der Phase des Fernunterrichts besonders deutlich wurde – dass dies nicht bei allen Lehrkräften der Fall ist. Bei wenig technikaffinen Lehrkräften laufen zudem bestehende Weiterbildungsangebote schnell ins Leere, da diese auf den grundlegenden Kompetenzen zur Bedienung von Hard- und Software aufbauen, die nicht oder nur in Ansätzen gegeben sind.
- Es muss eine ausreichende Anzahl an Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte aller Schulformen angeboten werden, die konkret an das Vorwissen der jeweiligen Personen anknüpfen, sowie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Passende Steuerungsgruppen sind zudem an den Schulen zu implementieren. Dass mit dem Schuljahr 2020/21 pro Schule ein zusätzlicher Tag für schulinterne Fortbildung zu Themen der Digitalisierung eingerichtet worden ist, begrüßt der MNU ausdrücklich und verbindet damit die Hoffnung einer Festschreibung dieser Maßnahme für weitere Jahre.
- Um die vorhandene Lücke zu schließen, muss die Lehrerbildung angehende Lehrkräfte ebenfalls auf diese Herausforderung vorbereiten. Der MNU erwartet, dass die Dozierenden an den Hochschulen diese Kompetenzen beherrschen. Zudem muss die universitäre Lehre in den Bildungswissenschaften und den Fachdidaktiken in Abstimmung mit den Studienseminaren entsprechend weiterentwickelt werden. Zum einen bedarf es daher Veranstaltungen, die aus fachunabhängiger Perspektive gesellschaftliche, technische und anwendungsorientierte Fragestellungen der Digitalisierung in den Blick nehmen. Zum anderen müssen in den Fachdidaktiken diese Fragestellungen aus der Perspektive des Fachs vertieft sowie die Grundlagen für einen zeitgemäßen Fachunterricht gelegt werden. Vor dem Referendariat sollte dazu ein Mindestmaß an zu erwerbenden Kompetenzen nachgewiesen werden können. Daher

fordern wir, dass neben allgemeinen Grundkenntnissen das Curriculum in allen Fächern verstärkt auf digitale Bildung ausgerichtet werden sollte.

Die Sicherstellung einer digitalen Grundbildung für alle Beteiligten im Bildungssektor ist die Grundlage für eine erfolgreiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dieses Ziel ist nur durch einem zeitgemäßen MINT-Unterricht mit entsprechend aus- und stetig weitergebildeten Lehrkräfte zu erreichen. Es ist lobenswert, dass Gelder aus dem Digitalpakt zur Verfügung gestellt werden, aber die Schulen dürfen mit der Verantwortung für die Umsetzung nicht alleine gelassen werden. Neben finanziellen Mitteln müssen organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, denn sonst wird die erhoffte Wirkung verfehlt. Es ist an der Zeit, dass die Politik ein koordiniertes und auf langfristigen Erfolg ausgelegtes Vorgehen mit allen Beteiligten und Institutionen entwickelt. Der MNU Rheinland-Pfalz steht dabei als Gesprächspartner jederzeit zur Verfügung.